



Gemeinsame Erklärung von Nichtregierungsorganisationen zur Veröffentlichung des Global Humanitarian Overview 2026 8. Dezember 2025

Diese Erklärung wird im Namen von 89 lokalen, nationalen, regionalen, internationalen, von Frauen und Flüchtlingen geführten Nichtregierungsorganisationen sowie Nichtregierungsorganisationen-Netzwerken, -Allianzen und -Foren abgegeben, darunter humanitäre Organisationen, die in den Ländern tätig sind, die im Global Humanitarian Overview 2026 erfasst sind.

Für Millionen von Menschen, die unter eskalierenden Konflikten, Hunger, Vertreibung, Klimakatastrophen und Ungleichheit leiden, war dies ein Jahr wie kein anderes. Die Zahl und Intensität der Konflikte weltweit sind so hoch wie nie zuvor seit Beginn der modernen Aufzeichnungen im Jahr 1946 und bedrohen den Weltfrieden und die globale Sicherheit. Der politische Widerstand gegen Inklusion und Geschlechtergleichstellung macht bereits hart erkämpfte Errungenschaften zunicht und bedroht die Rechte von Frauen und Mädchen weltweit, insbesondere in Konfliktsituationen.

Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht – die mit brutaler Grausamkeit begangen werden – werden kaum mehr als mit einem Achselzucken quittiert. Hilfsmaßnahmen werden behindert, und humanitäre Helfer und Mitarbeiter des Gesundheitswesens werden in Rekordzahlen getötet oder verletzt. Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, darunter der Einsatz von Hunger und geschlechtsspezifischer Gewalt als Waffen, werden zwar verurteilt, aber es werden kaum oder gar keine konkreten Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung ergriffen, was die Vertrauens- und Legitimitätskrise in unserem Sektor weiter verschärft. Frauen jeden Alters, Kinder, Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen gehören zu den am stärksten Betroffenen.

Die humanitären Krisen, mit denen wir uns befassen müssen, sind zum großen Teil auf einen Mangel an politischer Führung zurückzuführen. Trotz viel beachteter Friedensabkommen fehlt es an politischem Willen, den Frieden zu wahren oder die Verantwortlichen für internationale Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen. Viele Krisen dauern seit Jahrzehnten an, ohne dass die zugrunde liegenden Ursachen angegangen worden wären.

Brutale Kürzungen bei der humanitären Hilfe haben Gemeinden noch tiefer in Armut und Not gestürzt und lokalen und nationalen Organisationen, die als Ersthelfer fungieren, die Ressourcen entzogen. Im März befürchtete fast die Hälfte der von Frauen geführten Organisationen, dass sie schließen müssten.¹ Eine aktuellere Umfrage von UN Women unter zivilgesellschaftlichen und Frauenrechtsorganisationen ergab, dass fast 100 % von den Kürzungen der Hilfsgelder betroffen waren; für drei Viertel waren die Auswirkungen erheblich.² Das Feminist Humanitarian Network hat dokumentiert, dass Organisationen, die von Frauen mit Behinderungen, jungen Frauen und indigenen Frauen geleitet werden, unverhältnismäßig stark betroffen sind.³ Auch die Kapazitäten im Bereich Kinderschutz sind drastisch beeinträchtigt, da mehr als die Hälfte der befragten lokalen und nationalen Organisationen 40 % ihrer Kinderschutzbudgets verloren haben.⁴ Selbst vor den Kürzungen in diesem Jahr haben Untersuchungen des ODI gezeigt, dass von Flüchtlingen geführte Organisationen nur eine geringe Finanzierung erhielten, nämlich nur 49 Millionen US-Dollar im Jahr 2024.⁵

¹ Am Scheidepunkt: Die Auswirkungen von Kürzungen der Auslandshilfe auf Frauenorganisationen in humanitären Krisen weltweit | Veröffentlichungen | UN Women – Hauptsitz

² UN Women: Gefährdet und unterfinanziert: Wie Kürzungen der Finanzmittel die Bemühungen zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen gefährden

³ FHN Feminist Humanitarian Action Report Final

⁴ Kurzbericht | Globale Auswirkungen von Mittelkürzungen auf Kinder und ihren Schutz in humanitären Kontexten | Alliance CHPA

⁵ Wie man die Führung von Flüchtlingen finanziert: Navigation durch ein humanitäres System am Rande des Zusammenbruchs | ODI: Think change

Das Ausmaß des Leids ist unmöglich zu erfassen, aber einige Beispiele geben einen Einblick in das Grauen:

- Die Zahl und Intensität der Konflikte hat sich seit 2010 mehr als verdoppelt und erreicht den höchsten Stand seit 1946.⁶ Bestehende Konflikte ziehen sich länger hin, und neue Konflikte zeichnen sich am Horizont ab. Die Ausgaben für Waffen sind stark gestiegen; die Einnahmen aus dem Verkauf von Waffen und militärischen Dienstleistungen erreichten 2024 einen Rekordwert von 679 Milliarden US-Dollar, das 18-fache der Ausgaben für humanitäre Hilfe im selben Jahr.⁷
- Zwischen 2023 und 2024 hat sich die Zahl der in bewaffneten Konflikten getöteten Frauen und Kinder im Vergleich zu den beiden Vorjahren vervierfacht.⁸ Mehr als jedes fünfte Kind lebt heute in einem Konfliktgebiet.⁹ Der diesjährige Jahresbericht über Kinder und bewaffnete Konflikte verzeichnet einen Anstieg schwerer Verstöße gegen Kinder um 45 % im Jahr 2024 im Vergleich zu 2022.¹⁰ Die weit verbreitete Straflosigkeit ermöglicht es, dass Verstöße gegen Zivilisten ungehindert fortgesetzt werden.
- Im Nahen Osten wurde zum ersten Mal unter dem IPC-System eine Hungersnot ausgerufen, da die Zivilbevölkerung in Gaza absichtlich ausgehungert wurde. Auch im Sudan wurde vom IPC eine Hungersnot bestätigt, und im Südsudan besteht erneut die Gefahr einer Hungersnot, während Haiti, Mali und Jemen die Brennpunkte sind, die Anlass zu größter Sorge geben.¹¹ Millionen von Menschen in Afghanistan, Myanmar und anderen Ländern befinden sich in einer akuten Ernährungsnotlage.¹²
- Der Klimawandel verwüstet weiterhin Gemeinden auf der ganzen Welt und schürt Konflikte und Vertreibungen.
- Die Zahl der Zwangsvertreibungen hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt,¹³ doch die Staaten reagieren darauf mit Entscheidungen, die Mittel zu kürzen und Maßnahmen zu ergreifen, um Migration zu verhindern, Asylverfahren zu externalisieren, den Schutzraum für Flüchtlinge zu verringern und sich ihrer Verantwortung zur Lastenteilung zu entziehen. Diese Politik und das Fehlen legaler Migrationswege tragen auch zum Anstieg des Menschenhandels bei.¹⁴
- Frauen jeden Alters und Mädchen in Konfliktgebieten wie der Demokratischen Republik Kongo, Haiti und dem Sudan, die oft an vorderster Front der von der Gemeinschaft geleiteten Hilfsmaßnahmen stehen, sind mit inakzeptabler geschlechtsspezifischer Gewalt konfrontiert, darunter auch schreckliche sexuelle Gewalt.¹⁵
- Frauen und Mädchen sind in hohem Maße von reproduktiver Gewalt betroffen, darunter die vorsätzliche Zerstörung oder Blockierung der sexuellen und reproduktiven Gesundheitsversorgung. Im Jahr 2023 ereigneten sich weltweit 58 % der Müttersterblichkeit, 50 % der Neugeborenensterblichkeit und 51 % der Totgeburten in 29 Ländern mit humanitären Krisen. Es ist zu erwarten, dass sich diese Situation weiter verschlechtert, da viele Frauen jeden Alters und Mädchen durch den Verlust des Zugangs zu hochwertigen Gesundheitsdienstleistungen mit lebensbedrohlichen Folgen konfrontiert sind.

⁶ UCDP: Starker Anstieg von Konflikten und Kriegen – Universität Uppsala

⁷ SIPRI Die 100 größten Waffenproduzenten verzeichnen einen Anstieg ihrer Gesamtumsätze, da Staaten ihre Arsenale modernisieren und ausbauen | SIPRI

⁸ Bericht des UN-Generalsekretärs zu Frauen, Frieden und Sicherheit

⁹ Stoppt den Krieg gegen Kinder: Sicherheit für wen? (2025) – Save the Children Resource Centre

¹⁰ Jahresbericht des Generalsekretärs über Kinder und bewaffnete Konflikte – Büro des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte

¹¹ Hunger-Hotspots. Frühwarnungen der FAO und des WFP zu akuter Ernährungsunsicherheit: Ausblick für November 2025 bis Mai 2026. Rom.

¹² GRFC 2025 September-Update | Informationsnetzwerk für Ernährungssicherheit (FSIN)

¹³ Globale Trends | UNHCR

¹⁴ Globaler Bericht des UNODC zum Menschenhandel: Zahl der identifizierten Opfer um 25 Prozent gestiegen, da mehr Kinder ausgebeutet werden und Fälle von Zwangsarbeit sprunghaft zunehmen

¹⁵ In 22 von 25 Ländern wurde geschlechtsspezifische Gewalt (GBV) als schwerwiegend oder extrem eingestuft. Die von den Vereinten Nationen dokumentierte konfliktbezogene sexuelle Gewalt (CRSV) stieg zwischen 2022 und 2024 um 87 %. Im Jahr 2024 nahm die sexuelle Gewalt (SV) gegen Mädchen im Vergleich zu 2023 um 35 % zu.

Der Rückgang der Finanzmittel nach der COVID-19-Krise sowie die fortschreitende Priorisierung, Entlastung und Festlegung von Grenzen, einschließlich der „Hyper-Priorisierung“ der GHO 2025, haben bereits Millionen Menschen zurückgelassen. Die Ausgabe der GHO 2026 wurde weiter verschärft. Wir begrüßen die fortgesetzten Investitionen in die evidenzbasierte Ermittlung sowohl der Gesamtzahl der hilfsbedürftigen Menschen als auch derjenigen, die am dringendsten Hilfe benötigen, und derjenigen, die gezielt unterstützt werden sollen. Wir warnen jedoch davor, dass wir die Grenzen der „Analyse der Schwere der Bedürfnisse“ erreicht haben. Wie der Nothilfeleiter feststellte, läuft „*die grausame Rechnung, mit weniger mehr zu erreichen*“ auf eine unmögliche Entscheidung hinaus, wer lebt und wer nicht, und zwischen „heute Leben retten und den Menschen eine Chance auf eine Zukunft morgen geben“.¹⁶

Der Verlust von Tausenden von Mitarbeitern in diesem Sektor hat direkte Auswirkungen auf die Gemeinden. Wir haben weniger Kapazitäten, um die Bedürfnisse der Menschen, die Hilfe benötigen, zu koordinieren, zu bewerten und zu erfüllen. Umso wichtiger ist es, Akteure auf Gemeinde-, lokaler und nationaler Ebene, darunter lokale, nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen, sinnvoll in die Prozesse des humanitären Programmzyklus einzubeziehen. Dort, wo das vom IASC koordinierte System ausläuft, muss sichergestellt werden, dass die Bedürfnisse weiterhin erfasst und berücksichtigt werden. Ohne eine angemessene Übergabe an lokale humanitäre Führungskräfte befürchten wir Lücken in der Datenerfassung und der Bereitstellung von Hilfe. In einigen dieser Länder, wie beispielsweise Nigeria, leiden Millionen von Menschen, darunter auch Kinder, an Unterernährung.¹⁷

Selbst bei reduzierter Kapazität wissen wir, dass der Bedarf ein unannehmbares Ausmaß erreicht hat und weiter wächst. Der Rückgang der Entwicklungshilfe, der Abrüstungs- und Friedensbemühungen sowie das Versagen, die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen, bedeuten, dass die Ursachen weiterhin ungelöst bleiben. Besorgniserregend ist, dass Staaten sich aus multilateralen Abkommen wie dem Ottawa-Vertrag zurückziehen, die mit dem Ziel entwickelt wurden, Zivilisten besser zu schützen.

Trotz der breiten öffentlichen Unterstützung für Entwicklungshilfe in den meisten Geberländern geben sich Politiker den Gegnern der Entwicklungshilfe gegenüber nachgiebig und übernehmen Narrative und Strategien, die bei ihren Wählern ein Gefühl von „wir gegen sie“ erzeugen. Wir fordern die Geber dringend auf, sich diesen Narrativen zu widersetzen und die GHO 2026 vollständig mit zeitnahen, hochwertigen Finanzmitteln auszustatten, die so direkt wie möglich lokale und nationale Organisationen erreichen, darunter auch solche, die von Frauen geleitet werden, da diese oft am besten in der Lage sind, zu reagieren.

Im Jahr 2025 spürten Gemeinden weltweit die vollen Auswirkungen einer übermäßigen Abhängigkeit von einer kleinen Gruppe von Geben. Aber humanitäres Leid überall auf der Welt ist ein Anliegen, das uns alle betrifft. Wir rufen alle Nationen und weitere Interessengruppen, darunter den privaten Sektor, multilaterale und internationale Finanzinstitutionen, dazu auf, sich mit grundsatzorientierten und hochwertigen humanitären Finanzmitteln zu beteiligen.

Im Jahr 2026 feiert der Grand Bargain sein zehnjähriges „Jubiläum“, wobei es, wie aus dem Inhalt dieses GHO hervorgeht, nur wenig Grund zum Feiern gibt. Anstelle von Fortschritten erleben wir Rückschritte bei einigen der Reformelemente des Systems, die das größte Transformationspotenzial haben, insbesondere bei den Bereichen Bargeld, Lokalisierung, Finanzierungsqualität und der zentralen Bedeutung der Gleichstellung der Geschlechter.

Wir alle, die wir Teil der humanitären Architektur sind, müssen uns erneut dazu verpflichten, echte Reformen des Systems voranzutreiben, damit es menschenzentrierter, effizienter, schlanker, pluralistischer, agiler und inklusiver wird und gegenüber den von Krisen betroffenen Menschen, einschließlich derjenigen, die aufgrund ihres Alters, ihres Geschlechts, einer Behinderung oder anderer Diversitätsfaktoren oft marginalisiert werden, rechenschaftspflichtig ist. Angetrieben von der humanitären Notwendigkeit ist dies ein

¹⁶ Das hyperpriorisierte humanitäre System: Wenn die Rettung von Menschenleben heute bedeutet, morgen Opfer zu bringen

¹⁷ Hunger-Hotspots. Frühwarnungen der FAO und des WFP zu akuter Ernährungsunsicherheit: Ausblick für November 2025 bis Mai 2026. Rom.

Zeit, unsere Rollen neu zu bewerten, Komplementarität statt Konkurrenz zu fördern¹⁸ und zu überdenken, wer am besten in der Lage ist, auf humanitäre Bedürfnisse zu reagieren.

Dies erfordert insbesondere von den Gebern, aber auch von den Vermittlern, dass sie ihre Reformzusagen einhalten, wobei der Lokalisierung und gerechten Partnerschaften, einer qualitativ hochwertigen Finanzierung, der Risikoteilung, geschlechtergerechten Bargeldprogrammen sowie lokaler Führung und Beteiligung Vorrang eingeräumt werden muss. Wir fordern die UN-Organisationen nachdrücklich auf, lokale und nationale Akteure, darunter auch Organisationen, die von Frauen, Flüchtlingen und Menschen mit Behinderungen geleitet werden, nicht nur einzubeziehen, sondern ihnen auch tatsächlich Macht und Ressourcen zu übertragen und zu übertragen. Alle Vermittler sollten sich verpflichten, ihre Rolle zwischen der direkten Umsetzung und der Unterstützung lokaler und nationaler Organisationen neu auszubalancieren.

Geber müssen sich anpassen. Wenn sie weniger geben wollen, müssen sie auch unnötige Ebenen teurerer Zwischenhändler reduzieren, die zum Standard geworden sind, wenn sie keinen Mehrwert bieten, und Zwischenhändler mit einer nachgewiesenen Erfolgsbilanz echter, gerechter Partnerschaften mit verschiedenen lokalen Akteuren bevorzugen. Es reicht nicht aus, dass Geber von den von ihnen finanzierten Zwischenhändlern mehr Effizienz und Rechenschaftspflicht verlangen. Geber müssen Effizienz, Nähe und Rechenschaftspflicht gegenüber den betroffenen Menschen in den Mittelpunkt ihrer Finanzierungsentscheidungen stellen, um ein neues Gleichgewicht zwischen dem Zugang zu den Menschen und dem Zugang zu Finanzmitteln herzustellen. Geber müssen von den Zwischenhändlern mehr Transparenz hinsichtlich der Finanzierungsströme, der Nachverfolgung und der Berichterstattung über die Finanzmittel bis hin zum letzten Partner verlangen – und dies auch unter Beweis stellen.

Geber müssen weniger risikoscheu sein und die effizientesten, bewährten Modalitäten finanzieren, die Leben retten und Würde wirksamer wiederherstellen. Es ist nicht länger akzeptabel, nicht in bewährte Bargeldmodalitäten zu investieren. Mehr hochwertige Finanzmittel müssen über ein Ökosystem von gemeinsamen Fonds, einschließlich von NGOs verwalteten gemeinsamen Fonds, bereitgestellt werden. Jede Aufstockung der gemeinsamen Fonds der Vereinten Nationen auf Länderebene muss an die Bedingung geknüpft sein, dass 70 bis 100 % der CBPF an lokale und nationale Akteure gehen, mit ehrgeizigen Zielen für WLOs, begleitet von einer Demokratisierung und radikalen Vereinfachung der CBPF.¹⁹

Es ist höchste Zeit, diese Verknüpfung zu verwirklichen. Die Koordinierung von humanitären, Entwicklungs-, Friedens- und Klimaschutzmaßnahmen, bei denen Inklusion und Geschlechtergleichstellung im Mittelpunkt stehen, ist unerlässlich, um den Bedarf zu verringern. Dies bedeutet eine Umstellung auf mehrjährige Planungsszyklen für langwierige Krisen mit geringfügigen jährlichen Aktualisierungen, um eine stärkere gemeinsame Planung zu unterstützen. Politische Maßnahmen zur Verhinderung und Beendigung von Konflikten sind von größter Bedeutung. Wir brauchen mehr öffentliche Entwicklungshilfe (ODA), einschließlich Entwicklungs- und Friedensfinanzierung, die auf fragile und von Konflikten betroffene Gebiete ausgerichtet ist. Während der Anteil der humanitären ODA in langwierigen Krisen ab 2022 die Entwicklungsfinanzierung überstieg, befindet er sich derzeit in einem freien Fall⁽²⁰⁾, der dringend angegangen werden muss, wenn wir den Nexus jemals mit Programmen operationalisieren wollen, die kohärent auf die Erreichung kollektiver Ergebnisse ausgerichtet sind.

Schließlich brauchen wir politische Maßnahmen, um humanitäre Normen und Werte entschlossen zu verteidigen. Wir begrüßen Initiativen zur Verbesserung der Einhaltung und Rechenschaftspflicht, wie beispielsweise die Globale Initiative zur Stärkung des politischen Engagements für das humanitäre Völkerrecht und die Erklärung zum Schutz humanitärer Helfer. Solche Bemühungen erinnern uns daran, dass das Gesetz eindeutig ist. Was fehlt, ist der politische Wille, es zu respektieren.

Verstöße müssen ein Ende haben. Die Konfliktparteien müssen ihren Verpflichtungen nachkommen, und alle Regierungen müssen ihren Einfluss geltend machen und ihrer Verantwortung nachkommen, um Straflosigkeit zu beenden und die konsequente Einhaltung des Völkerrechts sicherzustellen.

¹⁸ Humanitäre Komplementarität – ICVA

¹⁹ Neugewichtung des Neustarts: Überlegungen zu einer 33-prozentigen Erhöhung der CBPFs – ICVA

²⁰ Bericht zur globalen humanitären Hilfe (GHA) 2025 | ALNAP

Unterzeichner:

1. ABAAD-Ressourcenzentrum für Geschlechtergleichstellung
2. Abs Entwicklungsorganisation für Frauen und Kinder
3. ACT Alliance
4. Aktion gegen den Hunger (ACF)
5. ADRA Deutschland
6. ADRI, Vereinigung für integrale ländliche Entwicklung
7. Humanitäre Hilfe in Afrika
8. Anglican Missions
9. Arabischer Rat zur Unterstützung fairer Verfahren und Menschenrechte (ACSFT)
10. CARE
11. Caritas Internationalis
12. Caritas MONA (Region Naher Osten und Nordafrika)
13. Christliche Hilfe
14. Christlicher Weltdienst Aotearoa Neuseeland
15. Kirchlicher Welthilfsdienst
16. Gemeinschaft für Interessenvertretung und Bewusstseinsbildung
17. Gemeinschaftliche Stärkung für Frieden und Entwicklung (CEPAD)
18. Gemeinschaftlicher Ausschuss für humanitäre Notfälle (COHEB)
19. COSAPAD
20. DanChurchAid (DCA)
21. Dänischer Flüchtlingsrat
22. Diakonie Katastrophenhilfe
23. Dóchas
24. Finn Church Aid
25. Finnischer Flüchtlingsrat
26. Focus Droits et Accès (FDA)
27. Food Against Hunger (FAH)
28. Formation Awareness & Community Empowerment Society (FACES) Pakistan
29. Vereinigung für grundlegende Menschenrechte und ländliche Entwicklung (FHRRDA)
30. Gargaar Relief and Development Organization (GREDO)
31. Initiative für Geschlechtergleichstellung und Stärkung der Gemeinschaft (GECOME)
32. Ground Truth Solutions
33. HelpAge Deutschland
34. HelpAge International
35. Human Access for Partnerships and Development – HUMAN ACCESS
36. Humanity & Inclusion – Handicap International (HI)
37. IAWG
38. IHH Humanitäre Hilfsstiftung
39. Initiative für nachhaltigen Frieden
40. Institut für Konfliktforschung und humanitäre Maßnahmen (IECAH)
41. Internationales Komitee für Wiederaufbauhilfe in Afghanistan (ICRAA)
42. Internationaler Rat der Freiwilligenorganisationen (ICVA)
43. Internationale Nothilfe und Entwicklungshilfe (IEDA Relief)
44. Internationales Netzwerk für Hilfe und Resilienz (IRRN)
45. INTERSOS
46. Islamische Hilfsorganisation
47. Islamische Hilfsorganisation (ISRA)
48. Jesuitischer Flüchtlingsdienst
49. Gemeinsamer Dienst zur Erfassung von Binnenvertriebenen (JIPS)

50. Jordanische Rettungssanitätervereinigung
51. Lasoona Hilfs- und Entwicklungsorganisation
52. Les Scouts Tunisiens
53. Lif
54. Malteser International
55. MatchLocal
56. Mercy Corps
57. Multikulturelles Netzwerk zur Förderung der Jugend in Australien
58. Nationale Allianz humanitärer Akteure Bangladesch (NAHAB)
59. Nationales humanitäres Netzwerk Pakistan
60. Norwegischer Flüchtlingsrat
61. Oxfam International
62. Pakistanische Stiftung für menschliche Entwicklung (PHDF)
63. Netzwerk palästinensischer Nichtregierungsorganisationen (PNGO)
64. Friedensstiftung Pakistan
65. Menschen in Not
66. Plan International
67. Flüchtlingskonsortium Kenia
68. Netzwerk von Flüchtlingsorganisationen in Kenia (RELON-KENYA)
69. Rettet die Kinder
70. Scalabrinis Internationales Migrationsnetzwerk
71. Secours Islamique France (SIF)
72. Settlement Services International (SSI)
73. Gesellschaft für menschliche und ökologische Entwicklung (SHED)
74. Gesellschaft für Menschenrechte und Gefangenenhilfe (SHARP)
75. Solidarités International
76. Staatliche Entwicklungsorganisation (SDO)
77. Nachhaltiges Handeln für menschliche Not (SAHA)
78. Tamdeen-Jugendstiftung
79. Télécoms Sans Frontières
80. Terre des Hommes
81. Rat für internationale Entwicklung Aotearoa Neuseeland
82. Die Nationale Gesellschaft für Bildung und Umweltentwicklung
83. Trócaire
84. VENRO – Vereinigung deutscher Nichtregierungsorganisationen für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe
85. Villagers Development Organization (VDO)
86. War Child Alliance
87. Welthungerhilfe
88. Frauenflüchtlingskommission
89. Zamzam-Stiftung